

Liebe Leserinnen und Leser,

die jüngsten Ergüsse in Sachen Energie- und Wärmewende aus Berlin kann ich nur so einordnen: Es ist Wahnsinn. Holzbiomasse wird der Status als erneuerbare Energie im Heizungsbereich abgesprochen. Das folgerichtige Verbot von Holzenergie im Neubau und teilweise im Altbau ist ein No-Go. Was wir in Europa beim Holz gerettet haben, haut die Ampel wieder in die Tonne. Der Beschluss ist ein Schock für viele Hausbesitzer, vor allem im ländlichen Raum, und für unsere Waldbauern. Sie und auch unsere Heizungsbauer verzweifeln immer mehr an dieser Ampel. Was dem Schutz des Klimas und der Umwelt dienen soll, wird im wortwörtlichen Sinn ein Schuss in den Ofen.



In Straßburg hingegen haben wir in der vergangenen Woche mit der FitFor55-Gesetzgebung einen echten Wurf gemacht und das größte Klimaschutz-Gesetz aller Zeiten auf den Weg gebracht. Die Emissionen müssen runter, daran gibt es nichts zu rütteln. Aber die Maßnahmen müssen neben ökologischen und ökonomischen Aspekten heute sozialer gestaltet werden als bisher - auch in Deutschland.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre meines April-Newsletters.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

EU-Parlament beschließt FitFor55-Klimagesetzgebung

Das Europäische Parlament hat in der vergangenen Woche weite Teile der FitFor55-Klimagesetzgebung beschlossen. Dazu erklärt **Peter Liese (CDU)**, klimapolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments für die Überarbeitung des EU-Emissionshandels (ETS):

„Ich bin sehr froh, dass das größte Klimaschutz-Gesetz aller Zeiten heute von einer riesigen Mehrheit im Europäischen Parlament unterstützt wurde. Der Emissionshandel ist das Kernelement des Fit-for-55 Pakets und bringt 25-mal so viel für die CO₂ Reduktion bis 2030 wie die umstrittene Regelung zum CO₂ Ausstoß von PKWs. Ich bin optimistisch über die Abstimmung im Ministerrat nächste Woche, auch wenn es durch das Verhalten der Ampel bei CO₂ PKW in Europa zu Turbulenzen gekommen ist.

Ich bin sehr dankbar für die Unterstützung dieses Ergebnisses auch außerhalb des Parlaments, also z.B. aus der Wissenschaft, Umwelt- und Wirtschaftsverbänden. Jetzt kommt es darauf an, die Beschlüsse umzusetzen und zu kontrollieren. Dabei ist mir besonders wichtig, dass die Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung nachkommen, die Mittel zielgerichtet auszugeben. Für diese Verpflichtung hat das Europäische Parlament zwanzig Jahre gekämpft und wir haben sie jetzt erreicht.

Es gibt nicht nur europäische Mittel (Innovationsfonds, Modernisierungsfonds und Klima-Sozialfonds), die wir erheblich aufgestockt haben, sondern die Mitgliedstaaten müssen auch die nationalen Einnahmen aus dem ETS für ganz bestimmte Zwecke ausgeben. Das heißt, diese Mittel dürfen nicht in den nationalen Haushalten verschwinden, sondern müssen für den Umbau zur Klimaneutralität verwendet werden, zum Beispiel für den Ausbau von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, oder neue Technologien in der Industrie wie CO₂-Abscheidung und Lagerung bzw. Nutzung von CO₂.

Beim ETS 2 für Wärme und Verkehr ist ganz wichtig klarzustellen, dass die Verabschiedung der europäischen Gesetzgebung für deutsche Verbraucherinnen und Verbraucher sowie den deutschen Mittelstand keine(!) zusätzliche Belastung mit sich bringt, weil ein solches System in Deutschland schon existiert. Wir schaffen mehr Fairness, weil sich jetzt alle Europäer gleichermaßen am Klimaschutz beteiligen und wir dadurch mehr erreichen. Für den deutschen Mittelstand ist die Regelung ganz wichtig, weil jetzt endlich Wettbewerbsgleichheit besteht. Nicht wie bisher sind nur deutsche Unternehmen in das System einbezogen, sondern in Zukunft auch polnische, tschechische und französische Unternehmen.

Beim ETS 2 muss die Nutzung der Mittel insbesondere nach sozialen Kriterien geschehen. Das ist nicht nur im Klimasozialfonds festgeschrieben, sondern gilt auch für den Rest der Einnahmen aus dem ETS 2, der noch höher ist. Dies wird in der Tat eine Änderung in Deutschland bedeuten, denn Deutschland hat die Mittel bisher nicht nach sozialen Kriterien ausgegeben. Sozial Schwache und damit meine ich nicht nur Rentner oder Arbeitslose, sondern gerade hart arbeitende Familien oder Alleinstehende, die sich den Umbau alleine nicht leisten können, müssen gezielter unterstützt werden. Die Klimakrise ist dramatisch. Auch in Europa leiden wir bereits darunter. Es gibt keine Alternative zur Reduzierung der Emissionen, aber Klimaschutz muss ab heute sozialer gestaltet werden als bisher - auch in Deutschland.“

Getreide aus der Ukraine: Gemeinsame Lösungen sind notwendig

Zur aktuellen Debatte um ukrainische Getreideexporte erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europaparlaments:

"Die Getreidepreise an der europäischen Grenze zur Ukraine sind im Fallen. Die Landwirte dort sind dringend auf Hilfe angewiesen. Nun haben einzelne Mitgliedstaaten einseitige Maßnahmen ergriffen, um das Problem zu lösen, aber das kann nicht im gemeinsamen europäischen Interesse sein.

Die Europäische Kommission muss jetzt dringend handeln. Agrarkommissar Wojciechowski muss sich für die Interessen der Landwirte in den an die Ukraine angrenzenden Ländern einsetzen. Die bisher versprochenen, vergleichsweise recht geringen Millionenbeträge werden dafür nicht ausreichen, und die Agrarreserve ist nicht das richtige Instrument, um das Problem zu lösen.

Die sogenannten "solidarity lanes" müssen auf die nächste Stufe gehoben werden. Es bedarf einer besseren Koordinierung zwischen der Kommission, den an die Ukraine angrenzenden Mitgliedstaaten und allen beteiligten Wirtschaftsakteuren. Wir müssen den Weizen aus der Ukraine herausholen und ihn in die bedürftigen Staaten, vor allem in Afrika, transportieren. Wir müssen Marktstörungen innerhalb Europas vermeiden. Die zuständigen Abteilungen der Europäischen Kommission müssen ihre Erfahrungen in einer Task Force oder dem Posten eines Sonderbeauftragten bündeln, der sich ausschließlich mit den ukrainischen Getreideexporten befasst. Die Europäische Kommission muss mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten und Weizen kaufen und sicherstellen, dass er nach Afrika und in den Nahen Osten transportiert wird."

Geographische Angaben für Lebensmittel: Reform auf dem Weg

Unsere Nürnberger Lebkuchen, Allgäuer Bergkäse, Nürnberger Bratwürste, Schwäbische Spätzle, Aachener Printen oder der Lübecker Marzipan - das ist nicht nur Heimat auf der Zunge, sondern für den Verbraucher ein echtes Qualitätsversprechen. Aktuell werden in der Europäischen Union 3.900 Produkte durch Geografische Angaben geschützt. Die geographischen Herkunftsbezeichnungen stehen vor einer Reform. Das Ziel der Reform muss sein, sowohl die Produzenten dieser kulturell bedeutsamen Erzeugnisse als auch die Konsumenten optimal zu schützen und unsere Regionen und deren Traditionen zu fördern.

Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

Gute Nachrichten für unsere Waldbauern

Energie aus Waldholz bleibt auch künftig erneuerbar und förderfähig. Darauf haben sich die Verhandlungsteams der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments im sogenannten „Trilog“ Ende März geeinigt. Die Frage, inwiefern Energie aus Waldholz künftig gefördert werden und als erneuerbare Energie angerechnet werden kann, war in den vergangenen Monaten hoch umstritten. Im Vorfeld wollten Sozialdemokraten, Grüne und Linke im Europäischen Parlament gegen die Stimmen der CDU/CSU-Europaabgeordneten

erreichen, dass Energie aus Waldrestholz künftig nicht mehr als erneuerbare Energie anerkannt und damit gefördert werden darf.

Mehr dazu lesen Sie in meiner [Pressemeldung](#).

EU-Bürgerinitiative: „Wenn die Gleichung so einfach wäre!“

Wer Bienen rettet, rettet auch Bauern? Und wenn die Bauern Bienen retten, dann retten sie sich auch selbst, oder? Wenn die Gleichung so einfach wäre! Gute Antworten sind häufig komplex und selten schwarz-weiß. Die größere Herausforderung ist in diesem Zusammenhang die Erzeugung und Sicherung von Rohstoffen für unsere Nahrungsmittel einerseits und Biodiversität andererseits in Balance zu bringen. Das geht nicht mit einseitigen und strengen Verboten beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, sondern mit praktikablen Lösungen.

Mein ausführliches Statement dazu lesen Sie [hier](#).

Pflanzenschutzmittel-VO: Wir kämpfen für realistische Reduktionsziele

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sind unzureichend und praxisfern. Wir lehnen sie in seiner Gesamtheit ab. Ende März haben mein Kollege Norbert Lins und ich korrigierende Änderungsanträge im federführenden Umweltausschuss des Europäischen Parlaments eingebracht.

Mehr dazu erfahren Sie [hier](#).

F-Gase-Verordnung: Abstimmung zu Gunsten von Bäcker und Metzger

Das Europäische Parlament stimmte Ende März über die Neufassung der F-Gase-Verordnung ab. Fluorierte Gase sind weitaus schädlicher für das Klima als CO₂. Die Ziele der Novellierung sind richtig, da fluorierte Gase weitaus schädlicher für das Klima sind als CO₂. Doch die Kollegen im Umweltausschuss sind mit der Verschärfung des Kommissionsvorschlags weit über das Ziel hinausgeschossen. Sie hätten einmal mehr die Existenz unserer mittelständischen Metzgereien, Bäckereien und Brauereien aufs Spiel gesetzt. Als EVP-Fraktion konnten wir mit breiter Mehrheit die ausufernden Vorschläge zu Lasten des Handwerks, insbesondere des Lebensmittelhandwerks, wieder einfangen.

Mehr dazu erfahren Sie in meiner [Pressemeldung](#).

Vorschläge der EU-Kommission zur Reform des Banken-Krisenmanagements

Die EU-Kommission legte Vorschläge für eine Reform des Krisenmanagements für Banken (CMDI) vor. Darin sind sowohl Änderungen an der Einlagensicherungsrichtlinie als auch am Abwicklungsregime für Banken enthalten. **Markus Ferber (CSU)**, finanzpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, erklärt dazu:

„Wir brauchen mehr Kohärenz im Abwicklungsregime, aber die Lösung kann nicht lauten, dass Abwicklung selbst bei Kleinbanken zum Standardfall wird. Nicht jede strauchelnde Bank ist auch ein Abwicklungsfall. Nur Banken, deren Pleite Implikationen für die Finanzstabilität hätte, müssen in die Abwicklung geschickt werden. Denn Abwicklungsplanung ist kompliziert, teuer und viele Kleinbanken werden kaum in der Lage sein, abwicklungsfähige Verbindlichkeiten zu emittieren. Die Kommission schießt mit ihrem Vorschlag mit Kanonen auf Spatzen.

Zudem entsprechen die Vorschläge auch nicht dem Geist des Eurogruppenstatements zur Zukunft der Bankenunion aus dem vergangenen Jahr. Gerade für die bisher gut funktionierenden Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Volksbanken, die eigentlich verhindern sollen, dass es bei ihren Mitgliedsinstituten zu Pleiten kommt, sehe ich Probleme aufkommen. Was die Kommission vorschlägt, nagt an der Daseinsberechtigung der Institutssicherungssysteme. Vieles, was ein Institutssicherungssystem ausmacht, wird künftig nicht mehr möglich sein. Der Finanzstabilität und den Kleinsparern ist nicht damit gedient, wenn Institutssicherungssystemen unnötig das Leben erschwert wird.

Fragwürdig sind in diesem Zusammenhang insbesondere neue Eingriffsrechte der Europäischen Abwicklungsbehörde wie auch der verschärfte „least cost Test“, mit dem nachgewiesen werden muss, dass eine Intervention eines Einlagensicherungssystems immer die kostengünstigste Maßnahme darstellt. Dabei haben wir in Deutschland ein System, das sich bewährt hat. Das sollte nicht durch eine Überreaktion der Kommission in Frage gestellt werden.

Kritisch zu bewerten ist auch die Idee an der Anspruchshierarchie im Abwicklungsfall zu schrauben. Bei der Pleite der Credit Suisse haben wir gerade gesehen, dass Unklarheiten über die Anspruchshierarchie für viel Verunsicherung an den Märkten gesorgt haben. Änderungen an der Anspruchshierarchie sind ein Spiel mit dem Feuer.“

Kryptowährungsregulierung kommt

Der Bitcoin ist als virtuelle Kryptowährung nur ein Beispiel für mehr als 10.000 verschiedene Krypto-Anlagen oder neudeutsch „Krypto-Assets“, die inzwischen existieren. Bislang waren diese komplett unreguliert. Die EU setzt nun ein Zeichen. Mit der neuen „Markets in Crypto-Asset-Verordnung“ bringt die EU Ordnung in diesen wilden Westen der Blockchain- und Kryptowährungswelt. Europa wird damit der erste Kontinent mit einer umfassenden Regulierung für Krypto-Assets. Neue Zulassungen müssen künftig sicherstellen, dass ihr Geschäftsmodell unsere Währungsstabilität nicht gefährdet. Neue Aufsichtsstrukturen sollen zudem ein Bollwerk gegen Lehman-Brothers-Momente wie bei der amerikanischen Kryptobörse FTX sein, deren Pleite im November 2022 weltweit Schlagzeilen machte. Fehlentwicklungen können frühzeitiger erkannt werden und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Herausgeber von neuen Krypto-Assets müssen zudem in Zukunft alle relevanten Informationen zu den Umweltauswirkungen wie beispielsweise dem Energieverbrauch vorlegen. Die neue Verordnung schafft damit eine vernünftige Regulierungsstruktur, ohne den Bitcoin zu verbieten oder den bestehenden Markt abzuwürgen. Dies schafft Transparenz und Vertrauen für die Verbraucher und bringt der Krypto-Asset Branche regulatorische Klarheit und Rechtssicherheit. Für junge Technologien wie die Blockchain kann das ein entscheidender Booster sein. Die CDU/CSU-Gruppe hat die neue Regulierung maßgeblich geprägt.

Beziehungen EU und China

Die Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf dem Rückflug seiner China-Reise haben weltweit für Verwunderung gesorgt. Sein Wunsch, dass Europa eine eigene Position in der Taiwan-Frage entwickeln solle und kein „Mitläufer“ der Vereinigten Staaten sein dürfe, ist auf viel Kritik gestoßen. Am Dienstag debattierte das Europaparlament mit Kommissionspräsidentin von der Leyen dazu. Für CDU und CSU steht fest: Wer für Freiheit und Demokratie eintritt, ist kein Mitläufer und unsere hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von China wird auch im Lichte des Ukrainekrieges mehr und mehr zum Risiko. Es muss deshalb unser gemeinsames Ziel sein, die Abhängigkeit von China zu senken. Im Gegensatz zu den Grünen wollen wir dies aber nicht mit Verboten, Vorgaben und Einschränkungen, sondern indem wir zukünftig Schritt für Schritt mit anderen Ländern mehr machen: durch Ermöglichen, durch Handelsabkommen, durch Unternehmergeist und Ideenreichtum.

Angesichts des wachsenden Gewichts Chinas und der anhaltenden Aggression Russlands darf Europa zudem nicht aufhören, die Globalisierung gestalten zu wollen, anstatt diese nach und nach abzuschaffen. Europa muss wichtige Partner wie Indien, Indonesien oder Brasilien mit völkerrechtlichen Verträgen an sich binden, die Rohstoffversorgung absichern und neue Exportmärkte erschließen. Mit einer ideologischen Überfrachtung von Handelsabkommen, wie es Grüne und teilweise auch die SPD seit Jahren fordern, wird das nicht gelingen. Neue Märkte statt Rückzug ins Nationale muss die Maßgabe sein.

Die Äußerungen Macrons zeigen zudem einmal mehr, dass eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik der EU notwendig ist, insbesondere im Hinblick auf China. China ist aus guten Gründen sowohl als Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale für Europa beschrieben worden. Gerade deshalb muss Europa endlich eine einheitliche Strategie und Vorgehensweise gegenüber China entwickeln, da wir sonst dauerhaft zwischen berechtigten wirtschaftlichen Interessen und politischen Überzeugungen zerrissen werden.

Schnelle Eingreiftruppe

Das Plenum hat in dieser Plenarwoche Zustimmung zur Einrichtung einer schnellen Eingreiftruppe in Krisensituationen signalisiert. Bis zu 5000 Soldatinnen und Soldaten sollen im Rahmen der „EU Rapid Deployment Capacity“ an Rettungs- und Evakuierungsoperationen sowie Stabilisierungseinsätzen eingesetzt werden. Damit soll die EU handlungsfähiger werden und in die Lage versetzt werden, auf Bedrohungsszenarien schnell zu reagieren.

Für CDU und CSU ist klar: Szenen wie in Kabul im August 2021, als die EU-Staaten bei der Evakuierung ihrer Bürger massiv auf die Hilfe der USA angewiesen waren, dürfen sich nicht wiederholen. So muss die Europäische Union künftig in der Lage sein, eine Evakuierungsoperation selbst durchzuführen. Genau solch einem Zweck soll die schnelle Eingreiftruppe der EU dienen. Mit den Soldatinnen und Soldaten, die nach Bedarf neben Bodentruppen zu Luft- oder Seestreitkräften gehören, wird die Eingreiftruppe auf den jeweiligen Krisenkontext zugeschnitten.

Bevor die schnelle Eingreiftruppe einsatzfähig ist, müssen allerdings noch manche Fragen geklärt werden. Das betrifft besonders die Kostenteilung, die Einsatzbereitschaft und die

Entscheidungsgremien. Die Mitgliedstaaten müssen die genauen Modalitäten zügig festlegen, idealerweise noch vor der ersten Übung, die noch dieses Jahr in Spanien stattfinden soll. Letztendlich steht oder fällt das Konzept mit dem echten politischen Willen der Mitgliedstaaten. Geplant ist bisher, dass die Einsatzbereitschaft im Jahr 2025 möglich ist.

Mein Mittelfranken

Waldexkursion mit Försterin Evelyn Nebeling

Bei bestem Wetter brachen wir zur Exkursion in den Neuhauser Wald mit Försterin Evelyn Nebeling auf. Derzeit wird der Wald politisch heiß diskutiert. Wir wollten nicht nur darüber reden, sondern uns mit einer Fachfrau vor Ort ein Bild machen.

Mehr zur Exkursion können Sie [hier](#) lesen.



Zu Gast im Sigmund-Faber-Haus in Hersbruck

Gemeinsam mit der Vorsitzenden der Frauen Union Burgthann, Petra Rathjen, besuchte ich das Sigmund-Faber-Haus in Hersbruck. Dort tauschten wir uns mit Heimleiter Dr. Stephan Abt über die aktuelle Situation bei den Pflegefachkräften aus.

Alles zu unserem Gespräch finden Sie [hier](#).

Die Spargelsaison ist eröffnet: Zu Besuch auf dem Federhof



Spargelgerichte gehören definitiv zu meinen Lieblingsgerichten. Für mich ist das „weiße Gold“ der Inbegriff von saisonal und regional (auch grüner Spargel ist sehr empfehlenswert). Umso mehr freue ich mich, dass die Saison jetzt wieder losgeht. Auch im Landkreis Roth auf dem Federhof der Familie Harrer hat die Ernte begonnen. Gemeinsam mit unserem Landratskandidaten Jochen Münch, meiner Kollegin Cornelia Griesbeck und meinen Kollegen Ralph Edelhäuser MdB und Volker Bauer MdL haben wir den Spargelhof bei Meckenhausen besucht und Markus Harrer über die Schulter geschaut. Die Betriebsbesichtigung war nicht nur wieder einmal sehr interessant, sondern ein echter CSU-Familien-Ausflug.

Eröffnung des Campus Future Driveline am MAN-Standort in Nürnberg



Damit wir die Klimaziele zu erreichen, muss insbesondere der Verkehrssektor einen großen Beitrag leisten. Die Zukunft sind CO₂-neutrale Antriebe. Der Nutzfahrzeughersteller MAN hat jüngst seinen Campus Future Driveline eingeweiht. Hier soll künftig gemeinsam mit den Kooperationspartnern TH Nürnberg und FAU Erlangen-Nürnberg an batterieelektrischen und wasserstoffbasierten Antriebssystemen geforscht werden.

Forschung, Entwicklung, Herstellung: Alles soll am MAN Standort Nürnberg erfolgen. Das sind hoch erfreuliche Nachrichten für unsere Region. Denn auch in Zukunft werden wir hier ein Leuchtturm-Standort für Wirtschaft und Wissenschaft bleiben!

Im Sinne von Technologieoffenheit und der Nutzung aller Potentiale ist mir folgendes wichtig: Aus Sicht der Land- und Kreislaufwirtschaft sowie der Mobilitätswende bleiben Biokraftstoffe und Verbrenner-Motoren aber ökologisch und ökonomisch eine unverzichtbare Größe!

Frühjahrsgraudi der CSU Eckental

Der Name war Programm: Anlässlich des 50+1 Geburtstags lud die CSU Eckental zur ersten Frühjahrsgraudi ein. Bei vollem Haus konnte die Ortsvorsitzende Andrea Louzil zahlreiche Ehrengäste in der Georg-Hänfling-Halle begrüßen u.a. als Hauptredner unseren Generalsekretär Martin Huber, unseren Ministerpräsidenten a.D. Dr. Günther Beckstein, Stefan Müller MdB, Walter Nussel MdL, Landrat Alexander Tritthart und Bezirksrätin Ute Salzner.

Ein kurzweiliges Rahmenprogramm boten der echt fränkische Kabarettist Bernd Händel und die Leutenbacher Musikanten.

Was für eine rundum gelungene Premiere der CSU Eckental. Klasse!



CSU Winkelhaid feierte Jubiläum

Auch der CSU-Ortverband Winkelhaid feierte 50+1-jähriges Bestehen.

Als Ehrengast konnte der Ortsvorsitzende, Andreas Gleich, den CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer MdL, begrüßen.

Die CSU Winkelhaid ist eine große starke Familie, die durch dick und dünn in all den Jahren miteinander gegangen ist. Vielen Dank für die Einladung und auf die nächsten Jahrzehnte mit vielen engagierten und motivierten CSUlerinnen und CSUler. Unsere Ortverbände sind das Herzstück und die Stärke unserer Partei!

Politischer Themenabend in Schwaben

Für mich ging es kurz vor Ostern ins schöne Schwabenland nach Harburg-Mündling im Landkreis Donau-Ries. Der CSU-Ortsverband Harburg lud zusammen mit dem CSU-Kreisverband Donau-Ries und der CSU Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum politischen Themenabend unter dem Motto: „Unsere Landwirtschaft - aktiv und nachhaltig im Dienste der Gesellschaft“ ein. Es war mir eine große Ehre, dass ich als Referentin den Abend gestalten durfte. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das hat mich sehr gefreut und ich habe gespürt, dass in Harburg das Herz für unsere Landwirtschaft schlägt. Es war eine großartige gemeinschaftliche Veranstaltung der Verbände.

Herzensangelegenheiten

Osterbesuch bei Levi Strauss, Udo Lindenberg und Otto Waalkes



Mein österlicher Kurzurlaub in der fränkischen Schweiz hat mich nach Buttenheim ins Levi-Strauss-Museum geführt. Levi Strauss wurde dort als Löb Strauß und Sohn jüdischer Eltern geboren. Er gilt als Erfinder der Jeans.

Wer hätte gedacht, dass in diesem Museum Europa drinsteckt. Die EU hat seine Erweiterung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mitfinanziert. Auch der Freistaat Bayern hat sich beteiligt.

Im Nebengebäude des Museums befindet sich gerade eine beeindruckende Kunstausstellung, u.a. mit Bildern von Udo Lindenberg und Otto Waalkes. Die musste ich mir natürlich anschauen.

Durch das Museum und die Ausstellung hat mich Buttenheims Bürgermeister Michael Karmann begleitet. Von der Galeristin Brigitte Zettl habe ich spannende Hintergrundinfos zu so manchem Werk erhalten.

SOS: Coaching in Gebärdensprache- Lauf ist Vorreiter



Was tust Du, wenn Du einen Notfall hast und kannst Dich nicht verständigen, weil Du gehörlos bist?

Ein echtes Thema für die circa 1.000 Gehörlose in unserer Region. Zum Glück bildet der ASB Bayern seine Notfallsanitäter für genau diese Fälle aus. Sie erhalten während ihrer Ausbildung mehrere Stunden Coaching in Gebärdensprache, damit sie sich im Ernstfall verständigen können.

Die erste Schule in ganz Bayern, die diese Schulungen angeboten hat, steht bei uns in Lauf a.d. Pegnitz. Schulleiter Matthias Grübel und Judit Nothdurft, die seit 12 Jahren das Coaching übernimmt, haben Nina Bezold, 2 Bürgermeisterin von Lauf, und mir spannende Einblicke in ihre Arbeit gegeben.

Lesenswert

Brüsseler Notizen

Lesen Sie [hier](#) die neueste Ausgabe der monatlichen "Brüsseler Notizen" der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik

Praktikum bei der EVP-Fraktion - Jetzt bewerben oder weitersagen!

Die EVP-Fraktion im EU-Parlament, der auch alle CDU- und CSU-Abgeordneten angehören, bietet Praktika-Plätze in Brüssel an. Das Praktikum dauert 5 Monate und ist bezahlt.

Alle Informationen finden sich auf der [Website der EVP-Fraktion](#).

Gerne weitersagen!

Veranstaltungs-Tipp: Hanns-Seidel-Stiftung lädt ein

GRUNDSÄTZLICHES BEWAHREN: HEIMAT

Dienstag, 25. April 2023, 18.00 bis 20.00 Uhr Online (WebEx)

Wie sieht unsere Heimat morgen aus? Was wird neu sein, was gilt es zu bewahren - und wie gestalten wir sie mit?

In unserer Online-Veranstaltung am 25. April 2023 wollen wir mit Podiumsgästen diskutieren, was Bayern ausmacht und wie sich Bayern in Zukunft aufstellen könnte.

Mit dabei u.a.: Dr. Olaf Heinrich, Vorsitzender des Landesvereins für Heimatpflege und Dr. Gerhard Hopp, MdL, Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission.

Programm und Anmeldung hier

<https://www.hss.de/veranstaltungen/grundsatzliches-bewahren-heimat-3230206002/>

Einladung zur EU-Sommerakademie

Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland bietet auch dieses Jahr wieder eine kostenlose viertägige EU-Sommerakademie in Berlin für 16-30-Jährige an.

Bei der EU-Sommerakademie kommen die Teilnehmenden mit Europaabgeordneten ins Gespräch, vernetzen sich untereinander, und planen eigene Aktionen, mit denen sie zur Europawahl 2024 aufrufen werden. Spaß, Teambuilding und ein Besuch des Bundestages stehen ebenso auf dem Programm.

Die EU-Sommerakademie findet dieses Jahr von Sonntag, 30. Juli bis Mittwoch, 02. August 2023 im WannseeFORUM, Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin, statt.

Mahlzeiten, Unterkunft und das Programm sind kostenlos, nur die Anreise nach Berlin muss eigenständig organisiert und finanziert werden.

Teilnehmende müssen zwischen 16 und 30 Jahre alt, bei der paneuropäischen Kampagne des Europäischen Parlamentes [gemeinsamfuer.eu](https://www.gemeinsamfuer.eu) registriert sein (die Registrierung dauert eine Minute), Deutsch sprechen/verstehen und sich bereiterklären, nach der Sommerakademie mit einer eigenen Aktion zur Teilnahme an der Europawahl 2024 aufzurufen. Bewerbungsschluss ist am **Sonntag, den 23. April 2023, 23:59 Uhr**.

Weitere Informationen sowie den Link zur Bewerbung finden Sie [hier](#).

Bayerischer Tierwohl-Preis

Das Staatsministerium vergibt auch in diesem Jahr den "Bayerischen Tierwohl-Preis für landwirtschaftliche Nutztierhalter". Prämiert werden technische beziehungsweise bauliche Lösungen oder Managementmaßnahmen, die das Tierwohl in der bayerischen Landwirtschaft verbessern. Sie sollen nachhaltig, praxisgerecht und auf andere Betriebe mit Nutztierhaltung übertragbar sein. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Alle Infos dazu gibt es auf der Website des [Staatsministeriums](#).

Europa-News für Kommunen

Kennen Sie die EU-Kommunal?
Hier gibt es Nachrichten speziell für unsere Kommunen aus Europa.

Die aktuelle Ausgabe lesen Sie [hier](#).

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.